

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2023

27. Oktober 2023



## Liebe Leserinnen und Leser,

der parlamentarische Betrieb in Stuttgart hat seine Arbeit nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Die traditionelle Herbstklausur der Landtagsfraktion hat ebenso stattgefunden wie die ersten Plenarsitzungen und der SPD-Landesparteitag in Heilbronn.

Doch unsere politische Arbeit ist überschattet von den schrecklichen Ereignissen in Nahost. Der barbarische Angriff der Terrortruppen der Hamas auf Israel und das wahllose Töten und Verschleppen unschuldiger Zivilisten sind durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen und stellen nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine weitere massive Bedrohung für den globalen Frieden dar. Und zwar nicht nur für den Frieden in der Welt, sondern auch für den Frieden in unserem Land, in unseren Städten und Gemeinden, ja sogar bis hinein in unsere Schulen.

Ich verurteile diese Gewalttaten aufs Schärfste und bin schockiert darüber, dass es Menschen - auch hier bei uns - gibt, die diese Gräueltaten unterstützen und sogar bejubeln. Es gibt keine, absolut keine Rechtfertigung für die mörderischen Bluttaten der Hamas.

Deswegen bin ich fassungslos über so manche Reaktionen, gerade auch hier im Land. Und dabei meine ich weniger die widerlichen Pro-Hamas-Demonstrationen unverbesserlicher islamistischer Maulhelden. Vielmehr bin ich erschüttert über Menschen, die israelische Flaggen von Masten reißen, die wir zum Zeichen der Trauer und des Mitgefühls gehisst haben. Ich bin erschüttert, dass das auch in Giengen so geschehen ist, in der Stadt, in der ich aufgewachsen bin und wo ich viele Menschen persönlich kenne.

Die zunehmende moralische Verrohung lässt mich ratlos zurück und macht mir große Sorgen um unser aller Miteinander. Denn rechtsextreme und populistische

Kräfte werden jede Chance nutzen, mit Angst und Hetze einen Keil in unser gesellschaftliches Zusammenleben zu treiben. Wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen! Solidarität darf kein leeres Schlagwort sein, sondern das, wofür wir als Sozialdemokraten nach wie vor stehen.

Und wir lassen uns auch nicht auseinander dividieren, was das zunehmend brisanter werdende Thema der Migrationspolitik betrifft. Die Rückmeldungen aus den Städten und Gemeinden sind eindeutig und die Hilferufe werden immer lauter. Unsere Kommunen sind am Anschlag. Die Politik muss handeln. Auf unserem Europaparteitag in Heilbronn haben wir intensiv und konstruktiv über das richtige Vorgehen diskutiert. Der dort eingebrachte Initiativantrag zur Migrationspolitik wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das zeigt, dass die SPD Baden-Württemberg auch in schwierigen Fragen geschlossen ist. Die Grundprinzipien sozialdemokratischer Asyl- und Geflüchtetenpolitik sind klar und unverrückbar. Wir brauchen jetzt einen Pakt für menschliche, gut organisierte und geordnete Migrationspolitik. Deswegen sind wir bereit, allen demokratischen Kräften auf jeder staatlichen Ebene die Hand zu reichen, um die massive Herausforderung gemeinsam zu lösen. Ein weiteres gegenseitiges Zuschieben von Verantwortung ist dabei nicht zielführend.

Doch bevor ich Euch wie immer eine gute Lektüre wünsche, möchte ich Euch an dieser Stelle um etwas bitten: Es gibt derzeit viel Schwarzmalerei und miese Stimmung. Die Gespräche vieler Menschen kreisen darum, dass alles immer schlechter wird. Wenn Ihr im Familien- und Freundeskreis, auf der Straße oder bei sonstigen Gelegenheiten zu solchen Gesprächen stoßt, stimmt nicht in diesen Tenor ein. Macht deutlich, dass unsere von Olaf Scholz angeführte Bundesregierung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gute Arbeit geleistet hat. Keine der Horrorvisionen vom eiskalten, finsternen Winter, stillstehenden Betrieben oder leeren Geschäften wurde wahr. Die Ampel hat das verhindert und sie wird auch in der zweiten Hälfte der Legislatur gute Arbeit leisten.

Euer Andreas Stoch

## Fraktionsklausur in Münsingen

Auf unserer dreitägigen Herbstklausur nach den Sommerferien in Münsingen standen neben zahlreichen politischen Sachthemen auch die Wahlen des Fraktionsvorstandes an. Einstimmig wurde ich dabei als Vorsitzender für weitere zweieinhalb Jahre bestätigt. Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das alle 19 Abgeordnete hier in mich und meine Arbeit setzen. Allesamt wiedergewählt wurden auch meine Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die im Fraktionsvorstand der SPD traditionell aus allen vier Regierungsbezirken des Landes ausgewählt werden: Dr. Dorothea Kliche-Behnke (Tübingen), Nicolas Fink (Esslingen), Gabi Rolland (Freiburg) und Dr. Stefan Fulst-Blei (Mannheim). Ebenso einstimmig im Amt bestätigt wurde auch Sascha Binder als Parlamentarischer Geschäftsführer. Von dieser Wahl geht ein wichtiges Signal aus: Die Fraktion reibt sich nicht in Machtkämpfen auf, sondern setzt sich geschlossen für eine gute Politik für unser Land ein.

Wir haben auf der Klausur eine ganze Reihe von Forderungen erarbeitet, die aktuelle und drängende Aufgaben des Landes anpacken und lösen können. Insbesondere die Themen Flucht und Migration oder Wohnungsnot, aber auch Megathemen wie die Transformation unserer Wirtschaft, den Fachkräftemangel gerade in der Gesundheitsbranche oder eine sichere und saubere Energieversorgung für unser Land standen dabei im Zentrum. Bei Vor-Ort-Terminen und im Gespräch mit Fachleuten haben wir uns informiert und mit Spitzenvertretern der Kommunen ausgetauscht. Über die Krankenhausreform haben wir mit Vertretern der Bundesregierung gesprochen und mit Finanzexperten die gewaltigen finanziellen Reserven des Landes thematisiert. Unser Land steht vor gewaltigen Aufgaben. Aber es fehlt weder an guten Ideen oder an noch ungenutzten Möglichkeiten und schon gar nicht am Geld. Es fehlt Grün-Schwarz allein am Willen, als Regierung endlich auch zu regieren, anstatt sich auf koalitionsinterne Machtfragen zu konzentrieren.



Im Austausch mit Alexis Gula, Präsident des Bundesverbands des Schornsteinfegerhandwerks. Er sprach über Wärmepumpen und zwar ganz und gar aus der Perspektive der Praktiker (Foto: SPD-Landtagsfraktion)

## Landesparteitag in Heilbronn



Foto: SPD Baden-Württemberg (A. Wörner)

Ein souveränes, demokratisches und soziales Europa ist die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Dieses Signal ging von unserem Europaparteitag am 21. Oktober in Heilbronn aus. Mit einem starken Ergebnis von 95,71 Prozent wählte die Südwest-SPD **René Repasi** zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2024 und zeigte sich auch in den schwierigen Fragen der Asyl- und Geflüchtetenpolitik geschlossen. Mit ihm schicken wir einen echten Europäer ins Rennen, den die europäische Idee im tiefsten Inneren antreibt. In seiner Rede verdeutlichte er seine Vorstellung von Europa: „Im Angesicht der Unsicherheiten unserer Zeit muss Europa Schutzmacht der Schwächeren sein. Das schaffen wir mit einer Europäischen Union, die Handlungsfähigkeit im Äußeren beweist, mit einem selbstbewussten Binnenmarkt und Lieferketten, die Menschenrechte und Umwelt schützen. Und mit einer mutigen Klimapolitik, die einen sozialen Green Deal schafft.“

Auf den zweiten Platz nominierten die Delegierten **Vivien Costanzo** aus Freiburg mit einem Wahlergebnis von 93,97 Prozent. Mit Blick auf alle elf Nominierten können wir stolz sein, mit so vielen jungen Kandidatinnen und Kandidaten in die Europawahl 2024 zu ziehen. Denn wir wollen, dass die Zukunft Europas vor allem eine Angelegenheit der jungen Generation ist.

**Katarina Barley**, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, rief auf, dort zu sein, wo die aktuellen Debatten stattfinden: „Wir müssen uns den Diskussionen stellen, um das Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen. Gerade die großen Krisen verlangen starke sozialdemokratische Antworten.“ Für ihre Mut machende Rede erhielt die Spitzenkandidatin der Bundes-SPD für die Europawahl Standing Ovationen. Egal in welche Richtung wir derzeit blicken, können wir froh sein, in einem gemeinschaftlichen und friedlichen Europa zu leben. Das müssen wir bei der kommenden Europawahl gegen den wachsenden Populismus verteidigen. Vorwärts geht es nur mit der SPD!

## Grün-Schwarze Halbzeitbilanz

In der 73. Sitzung des Landtags am 27. September debattierte der Landtag in Rahmen einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte die Halbzeitbilanz der Landesregierung. Auszug aus meiner Rede:

Halbzeitbilanzen können sich für eine Regierung lohnen, wie die Halbzeitbilanz der Bundesregierung zeigt. Rund zwei Drittel des ambitionierten Koalitionsvertrags sind umgesetzt oder angepackt. Umso mehr fällt auf, dass Grün-Schwarz dem guten Brauch einer Halbzeitbilanz nicht folgt. Sie duckt sich weg und hätte am liebsten, wenn man diese Halbzeitbilanz schnell vergessen würde. Das kann ich gut verstehen. Wir hatten vor zweieinhalb Jahren Zweifel am Koalitionsvertrag und vor einer Koalition gewarnt, die nur bei völligem Stillstand zusammenhält. Diese Stillstandskoalition hinterlässt nun immer deutlichere Spuren im Land. In den vergangenen Jahren hat sich kein Bundesland beim Bildungsniveau so verschlechtert wie Baden-Württemberg. Massiver Unterrichtsausfall, zu wenig Lehrkräfte und die schlechte Ausstattung machen sich immer deutlicher bemerkbar. Unseren Kitas fehlen fast 17.000 Erzieherinnen und Erzieher. Das führt zu massiven Einschnitten bei der frühkindlichen Bildung, obwohl wir alle wissen, dass diese immer wichtiger wird. Ganz krass ist die Bilanz beim Klimaschutz: Statt 1.000 versprochener neuer Windräder sind es knapp 40. Bis 2030 sollten alle Landesgebäude mit Solaranlagen ausgestattet sein, bisher sind es ca. 3 Prozent. Auch gegen die Wohnungsnot wollte Grün-Schwarz etwas tun, weil Baden-Württemberg heute mit das teuerste Land zum Wohnen ist. Das ist sozialer Sprengstoff, Gift für den Wirtschaftsstandort und besonders dramatisch angesichts der nötigen Unterbringung Geflüchteter. Sie haben zwar ein Wohnungsbauministerium geschaffen, aber dann nichts mehr. Auch die Stärkung der Polizei wurde versprochen. Es fehlen rund 50 Millionen Euro bei Ausstattung und Infrastruktur. Stattdessen haben wir Chaos und Skandale in der Polizeiführung und einen Innenminister, der nicht mehr im Amt wäre, wenn er ein ganz normaler Polizeibeamter wäre. Besonders fatal ist das Nichtstun aber bei unserem Megathema, dem Umbruch in der Wirtschaft. Andere, weitaus kleinere Bundesländer betreiben eine aktive Industrie- und Strukturpolitik - Baden-Württemberg nicht. Nach Prognosen der IHK fehlen 2035 ca. 863.000 Fachkräfte. Was tut Grün-Schwarz? Nichts, außer Überschriften, Plakaten, Kampagnen, Pilotprojektchen und anderen Politiksimulationen. Sie müssen endlich die Hände aus den Taschen ziehen, um Baden-Württembergs Spitzenplatz zurückzuerobern und zu sichern!

## Willkommengesetz für Pflegekräfte

Ebenfalls in der 73. Landtagssitzung wurde in Erster Lesung der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion diskutiert, der eine schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Pflege- und Gesundheitsbereich ermöglichen soll.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Florian Wahl** verwies darauf, dass im Januar eine Abordnung von Gesundheitspolitikern im Regierungspräsidium Stuttgart als zentraler Anerkennungsbehörde für Pflege- und Gesundheitsberufe in Baden-Württemberg war, um sich zu informieren, warum Anerkennungsverfahren in diesem Bereich so lange dauern. Sie erfuhren, dass für 5.000 Anträge pro Jahr nur 21 Mitarbeitende zur Verfügung stehen und diese komplett überlastet sind. „Die SPD-Fraktion ging davon aus, dass die Regierungsfractionen nach dieser eindrücklichen Problemanzeige handeln würden. Aber nichts ist passiert, obwohl überall im Land Fachkräfte in diesem Bereich fehlen. 100.000 Pflegekräfte fehlen bis 2040, allein um die Versorgung, wie sie jetzt ist, aufrechtzuerhalten. Baden-Württemberg steht dabei nicht nur im internationalen Wettbewerb, sondern auch im Wettbewerb der Bundesländer untereinander. Wir müssen dringend attraktiver werden, aber die Landesregierung tut nichts. Das können wir nicht länger akzeptieren! Deswegen hat die SPD diesen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem wir zum attraktivsten Bundesland für Fachkräfte in Pflege- und Gesundheitsberufen werden. Wir wollen Fachkräfte willkommen heißen und zeigen, dass wir uns als Land darum kümmern, dass die Anerkennung reibungslos funktioniert. Wir wollen schnelle und kostenfreie Anerkennung gewährleisten. Wir übernehmen Gebühren für Sprachkurse, Übersetzungen und Nachqualifizierungen, wenn die Fachkraft sich verpflichtet, für drei Jahre im Land zu arbeiten. Wir stärken die Anerkennungsberatung, die eine Lotsenfunktion durch das gesamte Verfahren übernimmt. Wir wollen eine verpflichtende Erstberatung, um Antragsteller und Behörden von fehlerhaften Anträgen zu entlasten. Wir wollen mehr Personal in Anerkennungs- und Beratungsbehörden sowie die Digitalisierung der Verfahren, mit Formularen in der Sprache der Herkunftsländer. Fachkräfte mit Sprachniveau B1 sollen als Pflegehilfskräfte arbeiten können und, wenn sie B2 nachliefern, ohne neues Verfahren als Fachkraft übernommen werden. Wenn eine Anerkennung nicht innerhalb von vier Monaten, wie vom Bund vorgeschrieben, gewährleistet wird, soll nach fünf Monaten eine automatische Anerkennung durch eine Genehmigungsfiktion erfolgen. Denn wir wollen, dass die Leute arbeiten statt warten. Das können wir uns nicht länger leisten!“, so Wahl.

## Aus dem Wahlkreis

### Besuch der Jugendaktionshilfe Ostwürttemberg

Ihre Projekte am Standort Heidenheim wollte mir AJO-Vorstand Petra Walter vorstellen und lud mich in die Räumlichkeiten auf dem Gnaier-Areal in der Friedrich-Ebert-Straße ein. Das gemeinnützige Sozialunternehmen wurde 1987 auf Initiative der Stadt Aalen von Einrichtungen der Katholischen Kirche und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands gegründet. Mit fünf Standorten im Ostalbkreis und im Kreis Heidenheim arbeitet die AJO im Bereich der Jugendberufshilfe, Wiedereingliederung von Frauen und der nachhaltigen und adäquaten Integration von Migranten, insbesondere von Geflüchteten, in den hiesigen Arbeitsmarkt sowie bei der Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. „Wir sind gut vernetzt und unsere Zahlen zeigen, dass wir erfolgreiche Arbeit leisten“, berichtete Walter. „Doch wünschen wir uns von der Politik, dass die Strukturen im ländlichen Raum stärker ausgebaut werden, um die Leute hier zu halten.“ Dies sei eine wirtschaftsstarke Region und brauche dringend diese Arbeitskräfte. Vor allem strukturelle Probleme würden die Arbeit der AJO erschweren. Anerkennungen und Bescheinigungen von Behörden dauerten oft viel zu lang, so dass bereits bestehende Ausbildungs- und Arbeitsverträge, gerade auch im dringend nachgefragten Pflege- und Gesundheitsbereich, nicht realisiert werden könnten. Auch fehle es an Sprachkursen, Kitaplätzen und bezahlbarem Wohnraum. Diese Problematik wird landesweit beklagt. Hier rächen sich die Versäumnisse der Vergangenheit. Meine Fraktion fordert mehr Personal, um Anerkennungsprozesse zu beschleunigen, und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Bearbeitung von Antragsverfahren für Berufsqualifikationen im Pflege- und Gesundheitsbereich vereinfachen soll. Ebenso müssen der soziale Wohnungsbau und der Ausbau von Kita-Plätzen vorangetrieben werden. Walter wünscht sich, dass alle politischen Akteure hier an einem Strang ziehen.



### Für eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe

Endlich erholt sich die Gastronomie nach der langen Coronapause langsam wieder und man kann sich in Cafés und Restaurants treffen. Allerdings sehe ich diese gute Entwicklung gefährdet, wenn die Umsatzsteuer auf Speisen, die die Bundesregierung bis Ende 2023 auf sieben Prozent gesenkt hatte, Anfang nächsten Jahres wieder auf 19 Prozent steigt. Ich teile die Befürchtungen der örtlichen DEHOGA-Vorsitzenden Melanie Maier, dass viele, vor allem kleinere Betriebe in unserem Kreis dann in finanzielle Schieflage geraten könnten. Angesichts der existenziellen Not vieler Betriebe im Land setzt sich meine Fraktion im Landtag dafür ein, dass die Umsatzsteuer auch über das Jahresende hinaus auf sieben Prozent gesenkt bleibt. Gaststätten und Cafés sind unverzichtbar für lebendige und lebenswerte Städte und Gemeinden. Wo immer mehr Restaurants und Gasthöfe sterben, stirbt auch ein Teil unserer Kultur und unsere Zentren drohen zu veröden. Die Zeiten für das Gastgewerbe sind seit dem Ende der Corona-Pandemie nicht viel besser geworden, die Kosten für Energie und Lebensmittel durch die Inflation stark gestiegen. Die Gastronomen können nicht beliebig an der Preisschraube drehen. Auch Normalverdiener müssen es sich leisten können, hin und wieder mit der Familie essen zu gehen. Daher setze ich mich dafür ein, dass die Umsatzsteuer auf Speisen gesenkt bleibt. Es geht schließlich auch darum, wertvolle Arbeitsplätze gerade in der Fläche zu erhalten. Im Bereich Hotellerie und Gastronomie sind in Baden-Württemberg rund 300.000 Menschen beschäftigt. Das Land kann es sich nicht leisten, dass das Gastromiesterben so weitergeht.

---

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)

---